

Piratenradio-Freies Radio?

Brigitte Ratzner
Vorsitzende HTU Wien

Piratenradio, was ist das? Seit dem 31. März 1991 senden in Wien verschiedene unabhängige Initiativen (nun schon täglich) auf der Frequenz 103,3 MHz. Das ist illegal. Nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften darf in Österreich nämlich nur der ORF Frequenzen in Betrieb nehmen. Nun gibt es aber Menschen, die fühlen ihre Anliegen vom öffentlich rechtlichen Rundfunk so gar nicht vertreten. AusländerInnen, StudentInnen, Minderheiten wie zum Beispiel Schwule und Lesben etc...

Diese Menschen haben beschlossen, ein Grundgesetz, das jedem Menschen den Zugang zu allen Medien zusichert, beim Wort zu nehmen und sich diesen Zugang selbst zu verschaffen. Derzeit gibt es in Wien ca. 13 verschiedene Gruppen, die regelmäßig senden, österreichweit sollen es schon 25 sein.

Die läppischen Gesamtkosten von 3.000S für einen importierten Bausatz, den jeder HTL-Abgänger zusammensetzen kann, deuten an, daß Radio ein Medium auch und gerade für finanzschwächere Gruppen sein kann. Der Umstand, daß das illegale Senden derzeit aber noch mit Verwaltungsstrafen in der Höhe von 5.000S (plus Anwaltskosten) belegt wird, kann die Angelegenheit allerdings wieder verteuern.

Die Hochschülerschaft an

der TU-Wien hat daher beschlossen, auf die derzeitige Lage auf dem Mediensektor und insbesondere auf das Monopol im Rundfunksektor zu reagieren. In einer Presseausendung wurde von uns Folgendes kundgetan:

"Wir treten nicht für eine Unterordnung der elektronischen Medien unter die Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes ein. Dies hätte, wie Beispiele in anderen Ländern dokumentieren, nur die Transformation staatlicher in private Monopole zur Folge. Gerade unter dem Aspekt der enormen Konzentration am österreichischen Zeitungsmarkt fordern wir ein Regulierungssystem, das über die Hebel Frequenzverteilung, finanzielle Unterstützung und Zugang zu technischen Übertragungswegen das Radio als Medium für Bürgervereinigungen, Initiativen und Angehörige gesellschaftlicher Randgruppen erschließen hilft."

Seit Anfang Oktober 1991 gibt es auch eine Piratenradiostation namens Radio TU. Die Hochschülerschaft an der TU-Wien unterstützt Radio TU insofern, als Beiträge zu hochschulpolitischen Themen, AusländerInnen und Minderheitenfragen auf Tonband aufgenommen und von Radio TU gesendet werden. Auch Live-Diskussionen gingen auf 103,3 MHz schon über den Äther. Gesendet wird nicht nur von Hügeln in der Umgebung Wiens aus, sondern auch von Gebäuden der TU.

Anzeigen und Beschlagnahmungen

Das hatte auch zur Folge, daß mittlerweile 5 Sender von Post und Polizei beschlagnahmt wurden. Darüberhinaus wurden drei Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet. Eines davon völlig unbegründet gegen mich in meiner Funktion als Vorsitzende der HTU. Ebenso gut hätte man Rektor, Direktor oder Portier belangen können.

Am Sonntag, den 12.01.1992 gab es ab 14 Uhr wieder eine Gemeinschaftssendung aller Piratensender in Wien. Diesmal in der Architektur am Karlsplatz. Um ca 15.30 stürmten 20 Uniformierte das Gebäude, teilweise mit gezogener Waffe. Zufällig anwesende StudentInnen wurden bedroht, die Sendeanlage plus Antenne sichergestellt und eine Person ohne Angabe von Gründen abgeführt.

Der Gesetzesentwurf

Um der ganzen Piraterie eine bessere Ausgangsposition zu verschaffen, hat die Pressure Group Freie Radios (Zusammenschluß aller österreichischen Pirateninitiativen) gemeinsam mit zwei Juristen einen eigenen Gesetzesentwurf für ein neues Rundfunkgesetz erarbeitet. Dieser wurde am 2.12.1991 in einer Pressekonferenz erstmals vorgestellt und sieht eine

umfassende Neuordnung des Rundfunksektors vor. Insbesondere sollen Freie Radios (das sind nicht-kommerzielle Sender, die keine Werbeeinschaltungen haben dürfen) gesetzlich verankert werden, und so auch für andere als die hinlänglich bekannten finanzstarken Medienriesen am Printmediensektor ein Zugang zum Radio geschaffen werden. Die Finanzierung soll über eine "Werbesteuer" erfolgen, das heißt, daß der ORF und alle kommerziellen Stationen 1% ihrer Werbeeinnahmen (ca. 10 Mio. Schilling pro Jahr) für die Freien Radios abliefern. Die Lizenzvergabe für Sendefrequenzen erfolgt über Landesradio-Kommissionen, deren Zusammensetzung in dem Gesetzesentwurf genauso geregelt ist, wie die Werbezeiten für kommerzielle Radios, der Vergabemodus der Lizenzverfahren,... Es bleibt abzuwarten, wie weit bei der von den Regierungsparteien angestrebten kommenden Rundfunkliberalisierung auf solche Anliegen eingegangen wird. Die Worte unseres Bundeskanzlers Vranitzky bei der Vorstellung des Medienkonzeptes der SPÖ lassen aber nichts Gutes erahnen. Nichts desto trotz werden - ob legal oder illegal - weiterhin freie Gruppen den Äther unsicher machen. Und in der derzeitigen Situation kann eigentlich nur eines gesagt werden: Je mehr, desto besser!
Hallo Graz, hier spricht Wien!